

# Knapp Mehrheit für Disziplinarverfahren

## Gestern Abend: Brachtaler Gemeindevertreter stimmen CDU-Antrag zu

**Brachtal** (erd). Die Brachtaler Gemeindevertretung hat sich gestern Abend in namentlicher Abstimmung mit einer knappen Mehrheit für die Beantragung eines Disziplinarverfahrens gegen Bürgermeister Christoph Stürz ausgesprochen. Für die Annahme des Antrags war eine Mehrheit aller Gemeindevertreter nötig, also 13 von 25 möglichen Stimmen. Da fünf Abgeordnete fehlten, wurde es knapp, doch letztendlich reichten die Stimmen von CDU, FWB und Grünen für den Beschluss aus.

Die CDU hatte in der Antragsbegründung bereits dargelegt, warum sie ein solches Verfahren für geboten hält. Es sei nicht das Verschwinden des Geldes, sondern die gesamten Umstände, die letztendlich dazu geführt haben sowie das mehr als ungenügende Informationsverhalten des Bürgermeisters. Heer führte in der Sitzung aus, dass er die Schärfe aus der Diskussion herausnehmen wolle, da es jüngst auch schwere Vorwürfe

gegen die CDU gegeben habe. In der Sache habe die CDU versucht, Informationen zu bekommen, diese vom Bürgermeister jedoch nicht erhalten. Heer trennte zwei Sachverhalte: zum einen die polizeilichen Ermittlungen wegen des verschwundenen Geldes, zum anderen aber die Vorgänge im Rathaus. Die Gemeindevertretung sei das oberste Kontrollorgan der Gemeinde und habe deshalb ein Recht zu wissen, was passiert sei. Dieser Verpflichtung sei der Bürgermeister nicht nachgekommen. Dieser habe Geld in Empfang genommen, ohne den Vorstand zu informieren und ohne dieses für die Gemeinde zu verbuchen. „In meiner Funktion als Geschäftsführer wäre dies ein Entlassungsgrund“, fügte Heer an. Da der Rathauschef die Fragen seit September beharrlich nicht beantwortet habe, sei nun das Disziplinarverfahren ein probates Mittel, um die Sache neutral untersuchen zu lassen. Heer räumte ein, dass es ein unglücklicher Umstand sei, dass der Bürgermeister nun erkrankt

sei, doch „ein halbes Jahr ohne Information – das kann nicht sein!“

SPD-Fraktionsvorsitzender Dieter Weber vertrat eine andere Position. Auch die SPD sei für eine schonungslose Aufklärung des Sachverhalts. Allerdings hätten die Gremien eingebunden werden müssen, forderte er. Das sei derzeit aber nur schwer möglich, weil Bürgermeister Stürz erkrankt sei. Er sollte die Chance erhalten, sich zu erklären. Ebenso sei die Kommunalaufsicht ohnehin schon mit der Sache befasst. Deshalb sage die SPD Nein zum Antrag, fordere aber dennoch eine sachliche Aufklärung.

Christian Klas (FWB) freute sich, dass die SPD sich in der Sitzung dem Thema stellte. Er sagte auch, dass ihm die Vorverurteilung der CDU zu weit gehe. Da aber der Verdacht bestehe, sei es richtig, ein Verfahren einzuleiten. Die Freien Wähler hätten 13 Fragen gestellt, die bis heute nicht beantwortet seien. Klas sieht den Antrag als Chance auf eine neutrale Prüfung, denn die Polizei ermittle

nur wegen des Diebstahls, bei den anderen Vorgängen gebe es bislang keinen Beschuldigten. Er wünschte Stürz viel Gesundheit, doch dessen Erkrankung ändere nichts daran, dass die Sache aufgeklärt werden müsse. Der Rathauschef habe sich geweigert, Auskunft zu erteilen (sogar ohne Öffentlichkeit), deshalb sei das Verfahren die logische Konsequenz. „Wir können den Antrag nicht ablehnen.“

Für Christiane Gunia (Grüne) ist es ungeheuerlich, wenn der Bürgermeister Geld annimmt, darüber kein Wort verliert und nach dessen Verschwinden erst nach mehrmaligem Nachfragen dessen Verlust eingeräumt habe. Sie stellte angesichts der Pressekonferenz „am Krankenbett“ die Frage, wie krank Stürz wirklich sei. Da in der Sache bislang nur vernebelt worden sei, soll über das Disziplinarverfahren Klarheit in die Sache kommen.

Wolfram Zimmer (CDU) trennt klar zwischen dem Diebstahl und den Vorgängen im Rathaus. Er

habe noch vor dem Vorstand und der SPD vom Verschwinden des Geldes erfahren. Daraufhin seien alle Vorstandsmitglieder angesprochen worden, den Vorgang zu klären. Immerhin habe Stürz das Geld im Namen des Vorstands angenommen, ohne dass dieser etwas davon gewusst habe, noch sei das Geld je bei der Gemeinde offiziell angekommen, weil es nicht verbucht gewesen sei. Trotzdem habe es eineinviertel Jahre im Tresor gelegen, bis schließlich der Verlust auffiel. „Bei 14 Tagen hätte ja keiner was gesagt“, so Zimmer. Für ihn ist Stürz seiner Organisationsverpflichtung nicht nachgekommen. Daher sei eine neutrale Aufklärung dringend nötig. Denn Zimmer mutmaßt weiter, dass die Sache ohne das hartnäckige Nachhaken womöglich unter den Teppich gekehrt worden wäre. Daher sei der CDU-Antrag auch kein Show-Antrag. Hätte der Rathauschef rechtzeitig informiert, dann wäre die Angelegenheit nicht in der heißen Wahlkampfphase gelandet.